

Veröffentlichungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einspaltige Borgiszeile 10 Pfg., außerhalb desselben 12 Pfg. Kleinanzeigen 20 Pfg. Schluss für Inseratannahme 10 Uhr vormittags. Telefon 9.

Donnerstag, den 17. Februar 1916.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 1.25 vierteljährlich, Postbezugspreis für den Orts- und Nachbarortsvorkehr Mt. 1.20, im Fernverkehr Mt. 1.30. Bestellgeld in Württemberg 30 Pfg., in Bayern und Reich 42 Pfg.

Die preußischen Konservativen und die Reichsregierung.

Ein recht widerlicher Streitfall ist, in diesem Krieg nicht zum ersten Mal, von den preußischen Ultrakonservativen vor einigen Tagen heraufbeschworen worden, der jetzt allerdings keine Lösung gefunden hat, der aber, wenn die Wortführer der preußischen Konservativen ein wenig von ihrem überhebenden Wesen abgegangen wären, im Interesse des Burgfriedens, dessen Wahrung in dieser schweren Zeit selbst die radikalsten Oppositionellen als nötig erachtet haben, hätte ganz wohl unterlassen werden können. Der Anlaß zu der Auseinandersetzung, die zwischen der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses und der Reichsregierung stattfand, war ein Beschluß der Mehrheit der Staatshauskommission des Preußischen Abgeordnetenhauses, der aus Anlaß der Krise in den Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika bezüglich des „Lusitania“-Falles im Besonderen und des U-Bootkrieges im Allgemeinen entstanden war. Gegen den Einspruch der Minderheit (der Linken) hatte damals die Kommission in einer vertraulichen Sitzung durch einen Beschluß zum Ausdruck gebracht, es solle der Präsident des Abgeordnetenhauses ersucht werden, dem Ministerpräsidenten (also dem Reichskanzler) von der Auffassung der Kommission Mitteilung zu machen, daß es die Kommission im Interesse des Landes für schädlich erachte, wenn durch die Rücksichtnahme der deutschen Regierung auf Amerika unsere Freiheit eingeschränkt und dadurch ein vollwirksamer Unterseebootkrieg zum geeigneten Zeitpunkt gegenüber England unmöglich gemacht würde. Es wurde nun wieder durch die Mehrheit dieser Kommission beschlossen, die Erklärung zu veröffentlichen und zwar gegen den ausdrücklichen Einspruch des anwesenden Regierungssprechers. In dieser Zeit erfolgte, wie wohl noch in Erinnerung, die Bekanntgabe eines Interviews des Reichskanzlers durch den amerikanischen Journalisten Wiegandt, in welchem der Reichskanzler der amerikanischen Regierung gegenüber Deutschlands Standpunkt zum Ausdruck brachte, daß es eine Grenze in der deutschen Nachgiebigkeit gebe, und daß Deutschland sich die Waffe des U-Bootkrieges von Amerika nicht aus der Hand reißen lasse. Diese Erklärung unseres Reichskanzlers deckte sich also tatsächlich mit der von der Kommission zum Ausdruck gebrachten Anschauung, die nachträgliche Veröffentlichung war also zum mindesten überflüssig. Der Beschluß wurde aber trotzdem veröffentlicht. Die Regierung faßte diese Meinungsäußerung als Bevormundungsversuch auf, und nahm auch sofort dazu in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Stellung. Das Organ der Regierung schrieb seinerzeit: Die gegen den ausdrücklichen Einspruch eines Vertreters der Kgl. Staatsregierung beschlossene Veröffentlichung wird und muß den Eindruck erwecken, als habe die Kommission eine Einwirkung auf Fragen der auswärtigen Politik und die Anwendung bestimmter Kriegsmittel ausüben wollen. Diese Veröffentlichung zwingt uns, festzustellen: Die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegführung ist ausschließliches verfassungsmäßiges Recht des deutschen Kaisers. Während die oberste Heeresleitung parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen kann, gehört die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen vor das Forum des Reichstags. Gleichzeitig wurde eine Antwort des Reichskanzlers an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses in Aussicht gestellt. Das wäre also die Reihenfolge der äußeren Vorgänge in der Angelegenheit. Die Sache hat aber noch eine politische Seite, und die dürfte für die

Stellungnahme beider Kontrahenten maßgebend gewesen sein.

Die Reichsregierung vertrat in ihrem Vorgehen in erster Linie ihren staatsrechtlichen Standpunkt, wonach dem Einzelmandat eine parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen nicht zustehe, und daß die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegführung ausschließliches verfassungsmäßiges Recht des Kaisers sei. Nach der formellen Seite hin wäre also dieser Beschluß zu beanstanden gewesen, wenn auch an sich kein Landtag davon abgehalten werden kann, sich mit Fragen der auswärtigen Politik zu beschäftigen, und seine Anschauung der betreffenden Bundesregierung zwecks Stellungnahme im Bundesrat kundzutun, und das ist auch schon nicht nur im Preußischen Abgeordnetenhaus sondern auch anderwärts geschehen, ein Recht aber, die Reichsregierung in der Einhaltung der Richtlinien ihrer Politik und Kriegführung direkt zu beeinflussen, hat der Einzelmandat nicht, viel weniger aber noch eine Kommission, die doch nur den Charakter einer vorbereitenden Behörde zur Erleichterung der Geschäftsführung hat. Es mutet aber doch sehr eigentümlich an, daß gerade jene Kreise, die den Einfluß des Parlaments in Heeres- und Fragen der auswärtigen Politik sonst immer ausgeschaltet wissen wollen, das Recht der Volkswortredner, ihre Meinung gegenüber der Regierung zum Ausdruck zu bringen, schrankenlos in Anspruch nehmen, (wobei sie sich selbst an der Verfassung nicht stoßen) wenn sie das Gefühl haben, daß die Regierung nicht dieselbe Auffassung habe, wie sie in ihren Kreisen herrscht.

Wir teilen aber auch mit einem großen Teil der öffentlichen Meinung die wohl richtige Anschauung, daß der Beschluß der Mehrheit der Staatshauskommission nur das Mittel zur Verwirklichung der Absicht der Vertreter und Einbringer dieser politischen Äußerung war, unserm Reichskanzler die Meinung beizubringen, daß da auch noch Faktoren sind, die bisher gewöhnt waren, ihren Willen bei der preußischen Regierung in jedem Fall durchzudrücken, und daß diese Kreise nicht gewillt sind, sich ihres bisherigen Einflusses zu begeben. Daß diese unsere Auffassung auch diejenige der Reichsregierung war, das ist schon an der scharfen Zurechtweisung zu ersehen, die die Regierung dem „ungekrönten König“ und seinen Getreuen zuteil werden ließ. Es ist bekannt, daß schon seit einiger Zeit der Reichskanzler den Unwillen der preußischen Junker herausgefordert hat; er hat nicht den Stiefelton der Ostelbier, die Leute um Herrn v. Jeditz und die „Post“, die die Schwerindustrie vertritt, glauben, er sei zu einem „faulen“ Frieden geneigt, der nicht genügend Gebietserweiterung bringe, die Kreise um Hennebrand aber haben dem Kanzler ewige Feindschaft geschworen, weil er das preußische Wahlrecht ändern will, das doch „für die preußischen Verhältnisse so durchaus geeignet“ ist. Das dürften die Gründe sein, warum die Mehrheit der preußischen Staatshauskommission dem Reichskanzler glaubte einen Vortrag über sein Verhalten gegenüber Amerika halten zu dürfen. Gewiß, das ganze deutsche Volk teilte diese Anschauung, aber zweifellos ist die deutsche Regierung besser in der Lage als die Führer der preußischen Konservativen, festzustellen, welches Verhalten für uns jeweils das zweckmäßigere ist. Der Ton der preußischen Junker hat zum guten Teil dazu beigetragen, daß alle Welt in Preußen den Hort des reaktionären Militarismus gesehen hat, deshalb hätte man doppelt vorsichtig sein sollen, auch in Rücksicht auf die Neutralen, denn es ist wahrhaftig nicht gleichgültig, wenn wir noch mehr offene Feinde bekommen.

Glücklicher Weise ist nun aber diese Entgleisung

des Haushaltsausschusses im Plenum nicht zur Erörterung gekommen. Wahrscheinlich nach gegenseitiger Vereinbarung hat der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses in der gestrigen Sitzung erklärt, daß nach einer unter den Parteiführern des Hauses erfolgten Besprechung eine vollkommene Übereinstimmung darüber herrsche, daß das Abgeordnetenhaus zweifellos auch zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reiches berechtigt ist, daß es aber im Interesse des Landes liege, die Erörterung aller auswärtigen Angelegenheiten aus der Etatsdebatte auszuschließen. Vom Regierungstisch wurde darauf erklärt, die Regierung begrüße diesen Beschluß des Hauses und werde ihrerseits gerne davon absehen, Meinungsverschiedenheiten über staatsrechtliche Fragen in dieser ersten Zeit zu erörtern. Damit wäre die Angelegenheit äußerlich erledigt, die oben genannten prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Parteien werden aber zweifellos nach dem Kriege ausgetragen werden müssen. O. S.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

(WB.) Großes Hauptquartier, 16. Februar. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Die Engländer griffen gestern abend dreimal vergebens die von uns eroberte Stellung südöstlich von Ypern an. Ihr Gefangenenverlust beträgt im ganzen rund 100 Mann. In der Champagne wiederholten die Franzosen den Versuch, ihre Stellungen nordwestlich von Tahure zurückzugewinnen, mit dem gleichen Mißerfolg wie am vorhergehenden Tage. Allgemein beeinträchtigt stürmisches Regenwetter die Kampftätigkeit.

Westlicher Kriegsschauplatz. Bei Schneestreiben auf der ganzen Front hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Balkanriegsschauplatz. Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

(WB.) Wien, 16. Febr. Amtlich wird verlautbart vom 16. Februar:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Die Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz. Die Artilleriekämpfe an der küstländischen und den anschließenden Teilen der Kärntner Front dauern fort. Im Abschnitt von Doberdo kam es auch zu Minenwerfer- und Handgranatentämpfen. Am Zajorned wurde eine italienische Feldwache zum achtenmale ausgehoben. Das Vorfeld unserer neuen Stellungen im Rombon-Gebiete ist mit Feindesleichen bedeckt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Höfer, Feldmarschallleutnant.

Zur Lage im Westen.

Genf, 16. Febr. Der „Deutschen Tageszeitung“ wird von hier berichtet: Die Regsamkeit der deutschen Truppen an der Westfront hat die Franzosen scheinbar etwas eingeschüchtern, denn General Bertheaux verlangt im „Petit Parisien“ angesichts der zahlreichen Angriffe eine energische Tätigkeit des französischen Kommandos. Die panikartige Flucht aus BelFORT müsse aufhören. Jetzt sei Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ob Frankreich die lange vorbereitete Offensive beginnen wolle. Eine völlig andere Meinung verfißt dagegen Oberst Roussel: Wir können keine Offensive unternehmen. Das Publikum muß mir glauben, wenn ich auch die Gründe hierfür ver-

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung des stellv. General-Kommandos XIII. (R. W.) Armeekorps.

Zur Bekämpfung der Mißstände, die infolge des Krieges unter der heranwachsenden Jugend eingerissen sind und die eine ernste Gefahr für die Zukunft unserer Jugend und unseres Volkes bedeuten, sehe ich mich veranlaßt, auf Grund des § 4 des Preussischen Belagerungszustandsgesetzes vom 4. Juni 1851 für die Dauer des Kriegszustandes folgende

Verordnung

zu erlassen:

1. Jugendlichen Personen unter 17 Jahren ist der Besuch der Wirtschaften, Kaffeehäuser und Konditoreien untersagt.
Ausnahmen von diesem Verbot treten ein, wenn der Besuch
a) unter Aufsicht der Eltern, Vormünder, Lehrer, Dienst- oder Lehrherren oder anderer für die jungen Leute verantwortlicher erwachsener Personen,
b) zu Erfrischung auf Reisen, Ausflügen oder bei ähnlichen Gelegenheiten oder
c) in dem regelmäßigen Kosthaus der Jugendlichen stattfindet.
2. Jugendliche Personen unter 17 Jahren dürfen nur mit Genehmigung ihrer Eltern oder der in Ziffer 1 Buchstabe a genannten erwachsenen Personen alkoholhaltige Getränke zu sich nehmen.
3. Jugendlichen Personen unter 17 Jahren ist es verboten, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie an sonstigen öffentlichen Orten Zigarren, Zigaretten oder Tabak zu rauchen.
4. Zuwiderhandlungen gegen diese Verbote werden nach Artikel 32 Nr. 5 des Württembergischen Polizeistrafgesetzes vom 27. Dezember 1871 (Reg.Bl. S. 391) mit

schweigen muß. Uns bleibt nur übrig, die feindliche Offensive kaltblütig und festen Fußes zu erwarten.

Neue russische Offensive im Südosten.

Bukarest, 16. Febr. Ueber die neue russische Offensive gegen Ostgalizien erfährt die „Victor“, daß die Russen ihre Angriffsarmee mindestens verdoppelt haben, und daß alle Elitetruppen versammelt sind. Das russische Artilleriefeuer sei jetzt von enormer Wirkung; englische schwere Geschütze seien zahlreich vertreten.

Meutereien der Indier in Aegypten.

(W.B.) Köln, 16. Febr. Die „Köln. Volkszeitg.“ meldet in einer Korrespondenz über schwere Meutereien der indischen Truppen am Suezkanal und über häufige Fahnenflucht, sodaß sich General Maxwell entschlossen habe, die mohammedanischen Truppen vom Suezkanal wegzuziehen und sie auf andere Kriegsschauplätze zu schicken, wo sie gegen Nichtmohammedaner zu kämpfen hätten.

Zu den Kämpfen um Erzerum.

(W.B.) Berlin, 17. Febr. Zu den Kämpfen um Erzerum heißt es im „Berliner Lokalanzeiger“: Erzerum ist zwar die Hauptstadt des gleichnamigen asiatischen Vilajets in Türkisch-Armenien und hat als solche eine gewisse Bedeutung, aber seine militärischen Befestigungen stämmen jedenfalls nicht mit der Annahme überein, daß es den „Schlüssel zu Kleinasien“ bilde.

Deutsche Maßnahmen in der Ostsee.

(W.B.) Stockholm, 17. Febr. Der deutsche Gesandte hat dem Ministerium des Äußern gestern folgende Mitteilung überreicht: In nächster Zeit werden außerhalb der schwedischen Seegebiete an verschiedenen Stellen zwischen 55 Grad 18 Minuten und 55 Grad 25 Minuten nördlicher Breite und 12 Grad 42 Minuten und 13 Grad östlicher Länge Schiffsfahrtshindernisse und Minen ausgelegt. Sobald nähere Mitteilungen eingegangen sind, werden die notwendigen Anweisungen für die Schifffahrt erteilt werden.

Die Balkanlage.

Vor der Besetzung weiterer griechischer Häfen.

(W.B.) Berlin, 17. Febr. Aus Zürich wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ gemeldet: Die „Schweizerische Telegraphen-Information“ berichtet aus Athen, man glaube dort mit der Besetzung der Häfen von Patras und Bolos durch die Ententemächte rechnen zu müssen. Die Entente habe eine Reihe von Getreideschiffen, die in Malta und in Gibraltar lagen, freigegeben, was besonders dringend gewesen sei wegen der kritischen Lage des gesamten 3. Armeekorps in Ostmazedonien. — Patras liegt an der Nordspitze des Peloponnes, und Bolos an der griechischen Ostküste nördlich der Insel Euböa. Die Entente hätte, mit dem Besitz dieser bei-

haft bis zu 14 Tagen oder an Geld bis zu 60 Mark bestraft.

Stuttgart, den 8. Febr. 1915.

Der stellvertretende kommandierende General:
von Schaefer

Die Ortspolizeibehörden

werden veranlaßt, vorstehende Verordnung in ortsüblicher Weise bekannt zu geben und für ihre strenge und wirksame Durchführung besorgt zu sein.

Calw, den 12. Febr. 1916.

A. Oberamt: Binder.

Bekanntmachung, betr. den Bezug von zuderhaltigen Futtermitteln.

Dem Kommunalverband sind wieder — abgesehen von getrockneten Schnitzeln — 200 Zentner Rohzuder und 1000 Zentner Melassefutter zugewiesen worden. Der Rohzuder kostet etwa 14 M., das Melassefutter etwa 8 M. und die Zuderzuckel etwa 13 M. der Zentner.

Bestellungen von Rohzuder, Schnitzeln und Häfelfoder Torfklasse nimmt die Oberamtspflege entgegen. Nach dem 22. Februar eintommende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, die Viehhalter zur Bestellung aufzufordern, da voraussichtlich in nächster Zeit die Futtermittel noch knapper und teurer werden, als sie bisher sind.

Calw, den 14. Febr. 1916.

Regierungsrat Binder.

Vermehrter Anbau von Gemüse.

Das Kriegsende läßt sich vorläufig noch nicht absehen, es liegt daher in meigensten Interesse eines Jeden, auch im kommenden Frühjahr, wie im vergangenen Jahre alles aufzubieten, um Nahrungsmittel zu erzeugen. Das kleinste Stück Land, soweit es sich nach seiner Lage und Bodenbeschaffen-

heit eignet, muß durch den Anbau von Gemüse nutzbar gemacht werden. In den Haus- und Krautgärten kann durch zweckmäßige Einteilung des Landes, durch richtige Sortenwahl, reichliche Düngung und gesteigerte Bodenspflege der Ertrag an Gemüse noch wesentlich vermehrt werden. Es sei daher an alle Grundstücks- und Gartenbesitzer die Aufforderung gerichtet, soweit als irgend möglich dazu beizutragen, daß Gemüse in möglichst großem Umfang erzeugt wird.

Ueber den vermehrten Anbau von Gemüse hat der staatliche Sachverständige Obstdirektor W i n t e l m a n n von Ulm am vorigen Sonntag bei der Hauptversammlung des landw. Bezirksvereins Calw einen Vortrag gehalten, dessen wesentlichster Inhalt aus dem „Calwer Tagblatt“ Nr. 37 (dritte Seite) zu ersehen ist.

Calw, den 16. Febr. 1916.

A. Oberamt: Binder.

Die Ortsarmenbehörden

werden auf den im Minist.-Amtsbl. Nr. 1 erschienenen Erlaß des K. Ministeriums des Innern vom 17. vor. Mts., betr. die armenrechtlichen Beziehungen zu Bayern, hingewiesen.

Calw, den 8. Febr. 1916.

A. Oberamt: Binder.

Ersatzmittel für Benzin.

Nachdem in letzter Zeit wiederholt Explosionen durch ungleichmäßiges Erwärmen von Benzin in einer verschlossenen Blechflasche auf dem Herd entstanden sind, hat der K. Verw.-Rat der Geb.-Brandverf.-Anstalt laut Bekanntmachung vom 11. vor. Mts. im Minist.-Amtsblatt Nr. 1 darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Verwendung von Benzin und ähnlichen Ersatzmitteln für Benzin besondere Sorgfalt geboten sei. Eine Erwärmung derselben darf nur in geringem Grad und nur außerhalb von Gebäuden, durch Einstellen der Gefäße in warmes Wasser, entfernt von Feuerungen erfolgen.

Calw, den 8. Febr. 1916.

A. Oberamt: Binder.

holungsurlaub nachgesucht und hat sich nach kurzem Aufenthalt in Berlin zur Kur nach Rißingen begeben. Für den Gesandtenposten in Sofia ist der bisherige Gesandte in Christiania, Graf Oberndorff, ausersuchen. Erzellenz Michahelles, der in Anerkennung seiner Verdienste den Roten Adlerorden 1. Kl. mit Eichenlaub erhielt, wird nach Wiederherstellung seiner Gesundheit einen anderen Gesandtenposten erhalten.

Von unseren Feinden.

Der gallische Hahn.

(W.B.) Paris, 16. Febr. Die Agence Havas meldet: Unter der Ueberschrift „Falsche Manöver“ schreibt der „Temps“: Es gibt Leute, die nichts entmutigt und die trotz aller Warnungen hartnäckig dabei bleiben, ihre Auffassung, die man nicht haben will, aufzubringen. Es gibt Neutrale, die bei ihren Versuchen beharren, den Frieden zwischen den Völkern wiederherzustellen, indem sie sich einbilden, es würde möglich sein, durch großzügige Formeln die schwierigsten Probleme, die die zivilisierte Welt kennt, zu lösen. Wir wollen gerne zugeben, daß diese Neutrale von den besten Absichten befeelt sind und daß bei ihnen kein persönliches Interesse obwaltet. Aber nach dem Mißerfolge aller ihrer Versuche, eine Annäherung herzustellen, müssen sie sich überzeugen, daß ihr Standpunkt nicht der unsrige ist. Wenn Deutschland verspricht, wirklich mit Wohlwollen alle Friedensvorschlüsse, die ihm die Alliierten machen würden, zu prüfen, so hat dies keine Bedeutung aus dem sehr einfachen Grunde, weil die Alliierten keine derartigen Vorschlüsse machen, sondern ihre Bedingungen den Mittelmächten diktieren werden, ohne daß es notwendig ist, sich danach zu erkundigen, ob Deutschland mehr oder weniger geneigt ist, sie zu erörtern oder anzunehmen. Der Temps schließt: Weder Frieden, noch Waffenstillstand, noch Vermittlung irgend welcher Art, sondern Krieg bis zum Äußersten, so sagt man in den Ländern der Alliierten die Lage auf. Wenn man sie dort anders auffassen wird, dann wird es nur deshalb der Fall sein, weil unsere Heere ihr Ziel erreicht haben und Oesterreich-Ungarn und Deutschland fi chals besiegt erklären werden. — Diese siegesbewußte Fanfare mutet angesichts des Angstgewinns der französischen Militärtritter wie das „Ja“ des bewußten Grantiers in der Löwenhaut an.

Zur englischen Parlamentsöffnung.

London, 16. Febr. Das Reuterische Bureau verbreitet einen Leitartikel des „Daily Telegraph“ über die Wiedereröffnung des Parlaments, indem es heißt: Die Parlamentssession des kritischen Jahres des großen Krieges ist eröffnet. Großbritannien und seine Verbündeten beginnen eine neues Kapitel des Konflikts. Wie waren sie so fest vom Siege überzeugt wie heute. Die noch immer wachsenden Kosten des Krieges und der schwere Druck, den der Krieg den nationalen Hilfsquellen auferlegt, beunruhigen die Phantastie. Wie soll das weitergehen? Das Blatt schließt, es müsse irgend wie weitergehen,

bsi zum siegreichen Ausgang. — Das sind aber wirklich tiefgründige Betrachtungen.

Rittchener über die Kriegslage.

(W.B.) London, 16. Febr. (Reuter.) Rittchener gab im Oberhaus eine Uebersicht über die Kriegereignisse. Er teilte mit, daß während der Wintermonate acht neue Divisionen nach der Westfront geschickt wurden und dem Feinde dort keine Ruhe gelassen werde. Er sprach mit warmer Anerkennung von der italienischen Armee und erklärte, überzeugt zu sein, daß sie ihre Bewegung nach vorwärts (?) sicher zu gutem Ende bringen werde. Trotz der heftigen Schlachten und der dadurch erlittenen schweren Verluste sei das russische Heer gründlich reorganisiert und neu ausgerüstet. Der Geist, von dem die Truppen befeelt seien, sei noch ebenso gut wie zu Anfang des Krieges. Ueber die Zurückziehung der Truppen von Gallipoli sagte Rittchener: Obwohl ich, als ich an Ort und Stelle war, zu der Ansicht gelangte, daß die Zurückziehung mit geringeren Verlusten geschehen könnte, als anfänglich angenommen wurde, hat die Art, wie der Rückzug durchgeführt wurde, meine hochgepannten Erwartungen übertroffen. Die Minister sagten weiter, daß der Oberbefehl in Saloniki in die Hände Sarraills gelegt worden sei, um dem Grundgedanken der Einheitlichkeit bei den Verbündeten trefflich Ausdruck zu geben. Rittchener schloß mit der Erklärung, daß man einem siegreichen Ausgange des Krieges mit Vertrauen entgegensehen könne.

Die Einberufungen in England.

Zürich, 16. Febr. Aus Madrid wird der „Neuen Züricher Zeitung“ berichtet: Die Einberufung aller während der Werbepropaganda Derbys zum Heeresdienst verpflichteten Unverheirateten hat, wie der „Corriere della Sera“ aus London vernimmt, in England allgemein überrascht. Da die Neun- bis Dreißigjährigen schon im Laufe des Januar einrückten, werden durch das neue Aufgebot die Einunddreißig- bis Vierzigjährigen betroffen. Die Ueberraschung war besonders groß, weil man als selbstverständlich annahm, die Regierung werde den speziellen Gerichtshöfen, die über die Befreiung vom Wehrdienst zu entscheiden haben, reichlich Zeit lassen, um die vielen Dispensgesuche zu prüfen. Wahrscheinlich werde nun die Zahl der Gerichtshöfe vermehrt und das Verfahren beschleunigt. Infolge der Einberufung der Unverheirateten verblieben dreißigtausend Jahreshalten verheirateter Freiwilliger zur Disposition der Regierung. Für die Unverheirateten, die es nicht vorzogen, sich während der Werbepropaganda Derbys freiwillig zu melden, trete das Wehrpflichtgesetz am 22. März automatisch in Kraft. Von diesem Datum an könne die Einberufung der von der Gesetzesbestimmung Betroffenen jederzeit erfolgen.

Pflege des Deutschenhaffes in Australien.

(W.B.) Sidney, 16. Febr. Reuter meldet: Der Premierminister hat den Vorschlag gemacht, allen Deutschen das Wahlrecht zu entziehen, wenn sie nicht beweisen, daß ihre Naturalisierung ernst gewesen war. Wenn sie nicht eine vollständige und aufrichtige Erklärung ihrer Stellung ablegen, sollen sie auch das Recht, Land und anderes Eigentum zu besitzen, verlieren.

Russische Finanzmaßnahmen.

(W.B.) Kopenhagen, 15. Febr. „Berlingske Tidende“ meldet aus Petersburg: Die Finanzkommission hielt ihre erste Sitzung unter Leitung des Ministerpräsidenten Stürmer ab. Die Versammlung wurde eingeleitet durch eine Erklärung des Direktors der Kreditkanzlei, daß es gelungen sei, durch Vermittlung japanischer Bankiers eine Anleihe in Japan aufzunehmen. Die Kommission traf darauf Bestimmungen über die Aufnahme einer inneren Anleihe von 2 Milliarden Rubel, wovon 1 Milliarde durch die Reichsbank, die andere durch Privatbanken ausgegeben werden soll zum Kurse von 95% bei einem 5 1/2%igen Zinsfuß. Die Teilnehmer an der früheren Anleihe erhalten 1/4% Sondervergütung. Endlich wurde ein Antrag betreffend eine Anleihe in Finnland in finnischen Mark angenommen. — Das Finanzministerium hat strenge Vorschriften gegen die Scheinverkäufe deutschen Eigentums ausgearbeitet. Unter dem Vorsitz Starfs fand eine Versammlung von Vertretern verschiedener Ministerien, sowie der Handels- und Industriekreise statt, um die Pläne für die Reform eines russischen Steuersystems zu erörtern. — Der Reichsrat erhielt in seiner ersten Sitzung den Gesetzesvorschlag betreffend die Einkommensteuer zur Verhandlung. Man erwartet, daß die Partei der Rechten dagegen Stellung nehmen wird.

Die Neutralen.

Die schwedischen Vergeltungsmaßnahmen gegen England.

Basel, 16. Febr. Die „Nachrichten“ melden indirekt aus Petersburg: Die schwedische Regierung hält auch die Sendungen von nicht unter Kriegsmaterial fallender Ware nach Rußland zurück. Das gegen England und seine Verbündeten erlassene schwedische Durchfuhrverbot wird von den Schweden

in schärfster Form durchgeführt. Diplomatische Vorstellungen Rußlands blieben ergebnislos.

(W.B.) Kopenhagen, 16. Febr. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: In den letzten Tagen kam von Göteborg keine englische Post mehr an. Dort liegen nunmehr 58 000 für England bestimmte Paketsendungen aufgestapelt. Die schwedische Regierung verlangt in einem gestern eingebrachten Gesetzentwurf, zur Wahrung der Neutralität 25 Millionen Kronen aufwenden zu dürfen.

Schwedisch-dänischer Kursstreit.

Berlin, 17. Febr. Auf Grund des niedrigen Kurzes des dänischen Papiergeldes gegenüber dem schwedischen entstanden Schwierigkeiten bei der Abrechnung zwischen der schwedischen und der dänischen Staatsbahn. Von schwedischer Seite verlangt man Bezahlung in Gold. Dänemark macht geltend, daß solches in dem Abrechnungsverhältnis zwischen Schweden und Deutschland nicht verlangt werde.

Biehaukäufe in Holland.

Rotterdam, 16. Febr. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, sind ungefähr 18 000 Stück Vieh in den letzten Tagen von Holland nach Deutschland eingeführt worden. Es handelt sich dabei um jenes Vieh, das infolge der Ueberflutungen in Holland obdachlos geworden und dessen Ausfuhr deshalb gehindert wurde. Wie dem genannten Blatt aus den betreffenden Handelskreisen mitgeteilt wurde, hat dieser Viehverkauf an Deutschland die Erwartungen weit übertroffen. Das dadurch erzielte Erträgnis soll, nach der „Deutschen Tageszeitung“, um ein Viertel die Summe übersteigen, die man nach den amtlichen Schätzungen erwartet hatte.

Amerika und die Bewaffnung der Handelsschiffe.

(W.B.) London, 16. Febr. Reuter meldet: Wie verlautet, werden die Vereinigten Staaten in kurzem an Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Frage richten, wie sie festzustellen beabsichtigen, ob ein Handelsschiff bewaffnet ist oder nicht, ehe sie es ohne Warnung versenken. Es wird gesagt, daß das amerikanische Memorandum an die Entente-mächte wegen der Entwaffnung der Handelsschiffe einzig und allein im Interesse der Menschlichkeit gesandt wurde und keine Abänderung der geltenden Regeln beabsichtigt wird. — „Daily Mail“ erfährt aus Washington, die Regierung habe sich tatsächlich schon über die gegenüber der deutschen „Antikündigung einzuhaltende Politik entschlossen. Man sei zu dem Schluß gelangt, daß die bestehenden Gesetze gelten müssen, bis die Kriegführenden Lanfings Vorschläge, die Handelsschiffe zu entwaffnen, angenommen hätten. Die Vereinigten Staaten würden deshalb darauf bestehen, daß das Leben der Bürger, die auf unbewaffneten Handelsschiffen, die keinen Widerstand leisten, reisen, sicher gestellt sein müsse. Die Aufgabe, festzustellen, ob ein Handelsschiff bewaffnet ist oder nicht, falle den Kommandanten der U-Boote zu. Die Vereinigten Staaten ständen auf dem Standpunkt, daß die Regierungen dieser Kommandanten für alle ihre Mißgriffe verantwortlich seien. — „Daily Telegraph“ meldet aus New York, die Telegramme aus Washington lauteten alle dahin, daß die Regierung Deutschlands neuer Drohung wegen der bewaffneten Handelsschiffe keinen Widerstand leisten werde. Man vermute, daß das Kabinett durch Marinefachverständige beeinflusst werde, die glaubten, daß Amerika mit seiner sehr entwickelten Küstenlinie in Zukunft sich viel werde auf Unterseeboote verlassen müssen. Wenn dem so sei, wäre jede Politik, die darauf ausgehe, die Leistungsfähigkeit der Unterseeboote zu neutralisieren, gegen das Interesse der Sicherheit der Nation.

(W.B.) London, 16. Febr. „Morningpost“ meldet aus Washington vom 13. Febr.: Präsident Wilson kehrt heute hierher zurück. Es ist noch unbestimmt, welche Haltung Wilson zu der neuen deutschen Antikündigung einnehmen wird, alle bewaffneten Handelsschiffe ohne Warnung zu zerstören. Seine Umgebung glaubt, daß seine Entscheidung Deutschland günstig sein werde. Ein Mann in sehr hoher Stellung sagte dem Korrespondenten der „Morningpost“, jede Regierung habe das natürliche Recht, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen Schiffe die Häfen ihres Landes anlaufen dürfen. Es sei absurd, es als einen unneutralen Akt hinzustellen, wenn die Regierung ihren bisherigen Standpunkt in dieser Frage ändere. Die älteste und einflussreichste Washingtoner Zeitung „Star“ sagt, die neue deutsche Antikündigung lasse den Vereinigten Staaten nichts übrig, als dieser Politik des Seekrieges beizutreten und alles zu tun, um die Amerikaner von der Benutzung bewaffneter Handelsschiffe abzuhalten.

Bermischte Nachrichten.

Ein neuer deutscher U-Boottyp?

Berlin, 16. Febr. Der „Kokalanzeiger“ meldet aus dem Haag: Der Marinemitarbeiter des „Daily Telegraph“ meint, daß die angekündigte deutsche Tauchbootkampagne gegen Handelsschiffe vielleicht neue Ueberraschungen aufweisen werde, da Deutschland, wie Neutrale aus der Dfsee melden, einen neuen Typ des Unterseebootes besitze, der am besten

als Tauchmonitor zu bezeichnen wäre. Der englische Sachverständige beschreibt das Boot als zigarrenförmig mit einem starken, wasserdicht zuschließenden Panzerturm, in dessen Mitte sich die Kommandobrücke befindet. Das Boot kann ganz untertauchen, halb unter Wasser oder wie ein gewöhnliches Schiff fahren, und kann von bewaffneten Handelsschiffen überhaupt nicht, von Kriegsschiffen nur schwer beschädigt werden. In der Panzerung befinden sich Kanonen unbekannter Zahl und Kaliber. Aber es steht fest, daß das Kaliber viel größer ist, als die Deutschen bis jetzt hatten.

Wieder ein Erfolg deutscher Wissenschaft.

(W.B.) Berlin, 16. Febr. Die Ersatzfrage des Ferro-Mangans für die Stahlherzeugung ist gelöst. Das Material wird aus inländischen Grundstoffen hergestellt, die sich in beliebig großen Mengen im Inland gewinnen lassen. Die Anlagen hierfür sind schon im Betrieb und noch größere im Bau. Das Verfahren wird uns dauernd von der Zufuhr vom Ausland unabhängig machen.

Eine Kundgebung aus dem Unterelsaß.

(W.B.) Straßburg, 16. Febr. Der Bezirksrat des Unterelsaß hat folgenden Beschluß angenommen: Der Bezirksrat des Unterelsaß gedenkt mit seinen heißesten Wünschen der im Osten und Westen die Grenzen des Vaterlandes schützenden und verteidigenden elsässischen Landesfinder. Die Mitglieder des Bezirksrates legen dabei nachdrückliche Verwahrung ein gegen die sowohl von verantwortlichen Stellen als auch von Frankreich immer wieder ausgesprochene Auffassung, welche die Angliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich als Hauptziel bezeichnet. Sie geben demgegenüber als Ausdruck ihrer Ueberzeugung die Erklärung ab, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt Elsaß-Lothringens, das in 45jähriger Friedensarbeit ein Glied der deutschen Volkswirtschaft geworden ist, nur durch seine Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche unangefastet bleibt, und daß eine wurzelechte kulturelle Zukunft unseres Landes nur im Anschluß an das gesamte deutsche Volksleben möglich ist.

Die deutsche Sprache in Ungarn.

Budapest, 16. Febr. Im Abgeordnetenhaus ergriff gestern Ministerpräsident Graf Tisza das Wort, um eine Bemerkung des oppositionellen Abgeordneten Saghy richtig zu stellen, der gesagt hatte, der Unterrichtsminister habe sich dahin geäußert, die deutsche Sprache sei zum Mittelpunkt des Unterrichts in den Mittelschulen zu machen. Graf Tisza führte aus, der Unterrichtsminister habe erklärt, ein intensiverer Unterricht in der deutschen Sprache in den Mittelschulen sei notwendig und diese Äußerung habe das ganze Haus gebilligt.

Russisches.

Berlin, 17. Febr. Der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt aus Kopenhagen, daß nach Petersburger Blättermeldungen auf der Eisenbahnlinie Windaup-Rybinski über eine Million Pud Zucker und ungefähr eine halbe Million Pud Mehl entdeckt worden seien, von deren Auflagerung man bisher keine Ahnung hatte. Die betreffenden Stationsbeamten wurden bestraft.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. Februar 1916.

Die Deutsch-Amerikaner und der Krieg.

* Im Georgenäum findet heute abend ein Vortrag des deutsch-amerikanischen Journalisten Dr. Darmstädter statt, der als Kongreßberichterstatter Gelegenheit gehabt hat, wohl tiefe Einblicke in das politische Leben der Vereinigten Staaten zu tun, und der auch als Kriegskorrespondent sich Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt hat. Der Redner wird das soviel erörterte Thema „die Deutsch-Amerikaner und der Krieg“ behandeln, und es ist deshalb zu hoffen, daß die Einwohnerschaft dem Vortrag das entsprechende Interesse entgegenbringt. Wie sich die Deutsch-Amerikaner in diesem Kriege verhalten, welchen Einfluß sie auf die amerikanische Regierung geltend zu machen vermögen, das sind Fragen, die gerade im jetzigen Stadium unserer Beziehungen zu Amerika von größtem Interesse sind. Eine Persönlichkeit wie der Redner des Abends aber dürfte die Eignung besitzen, diese sehr schwierig zu beantwortenden Fragen unserm Verständnis näher zu bringen. Der Redner hat nach uns vorliegenden Berichten, überall, wo er seine Vorträge hielt, großen Anklang gefunden.

Dienstverbedigung.

Die Bewerber um die Forstamtsmannstelle bei dem Forstamt Liebenthal haben sich binnen 4 Wochen bei der Forstdirektion zu stellen

Kriegs-Verluste des Oberamts Calw.

Aus der württembergischen Verlustliste Nr. 348.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 119,
Stahl, Georg, Breitenberg, inf. Verw. gest.

Berichtigungen:

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 122.
Zu Verlustliste Nr. 297: Walz, Jakob, Lamb, Javel,
kein, bish. verm. in Gefsch.

Keine Erhöhung der fleischlosen Tage.

Amtlich wird mitgeteilt: Dem Bernehmen nach
läuft das Gerücht um, die Reichsregierung werde an-
statt der zwei bestehenden vier fleischlose Tage ein-
führen. Wir stellen hiermit fest, daß das Gerücht
auf freier Erfindung beruht.

Ausreichende Kaffeebestände.

Amtlich wird mitgeteilt: Wie wir erfahren,
hat die im Januar d. J. durch den Reichskanzler an-
geordnete Bestandaufnahme der deutschen Kaffeavor-
räte ergeben, daß für absehbare Zeit ausreichende
Bestände zur Befriedigung des deutschen Konsums
vorhanden sind.

Donau—Main—Rhein.

Eine große Versammlung von Interessenten einer
Donau-Main-Rheinwasserstraße aus Bayern, Württemberg,
Baden, Frankfurt, dem Rheinland und aus Norddeutschland
gründete in Nürnberg einen Arbeitsausschuß, der sich dem
bagr. Kanalverein angliedern wird. Zugleich wurde eine
längere Resolution des Bürgermeisters Bleyer von Regens-
burg angenommen, in der alle Hauptpunkte zur Hebung
und Ruhung des großen Wasserwegs Donau-Main-Rhein
zum Ausdruck kommen. Uns in Württemberg interessiert
hiebe besonders, daß auch „entsprechende Anschlüsse aller
süd- und westdeutschen Staaten“ gefordert werden und daß
die Donaustrecke Ulm-Regensburg vorerst einmal schleunigst
so in stand zu setzen sei, daß sie der Kleinschiffahrt keine nen-
nenswerten Hindernisse mehr entgegensetze.

(SGB.) Kottenburg, 15. Febr. Am nächsten Montag
werden ca. 500 Mann Ersatztruppen in die Kasse hier ein-
rücken. Von der Stadt wird ihnen ein feistlicher Empfän-
gungsbereit werden. Hauptmann und Oberjustizrat Zehle von
hier steht an der Spitze der Truppen. Ein Kommando von
36 Mann ist bereits heute eingetroffen, um die Kasse für
die Zwecke des Rekrutendepots einzurichten.

(SGB.) Biberach, 15. Febr. In den letzten Tagen sind
laut amtlicher Bekanntmachung dem Oberamt mehrere Fälle
von durchaus unstatthaften Annäherungen zwischen russi-
schen Kriegsgefangenen und kaum der Schule entwachsene
Mädchen zur Kenntnis gekommen. Diese höchst betäubende
Tatsache veranlaßt das Oberamt, an Eltern, Erzieher, geist-
liche und weltliche Gemeindevorsteher, Lehrer und Arbeit-
geber die ernste Mahnung zu richten, auf etwaige verdäch-
tige Beziehungen zwischen Mädchen und Kriegsgefangenen
ein wachsames Auge zu haben und bei begründeten Wahr-
nehmungen der Art sofort und mit aller Entschiedenheit
die geeigneten Schritte zu tun, in allen Fällen aber dem
Oberamt zur weiteren Verfügung Mitteilung zu machen.
Arbeitgeber, die hierin lässig wären, würden eine schwere
Verantwortung auf sich laden und die dauernde Entziehung
von Kriegsgefangenen zu gewärtigen haben.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltsmann, Calw.
-rud u. Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Senden Sie Ihren Angehörigen stets
das Calwer Tagblatt ins Feld! Monatl.
1 Mark.**

Amtliche und Privat-Anzeigen.

Stadtgemeinde Calw.



Brennholz=Verkauf,

am Montag, den 21. ds., nachmittags
2 Uhr, im „Löwen“ hier, aus Stadtwald
Niß, Walkmühlenteich, Eichelacker, Wim-
bergerhof und Georgenhöhe:

- 2 Km. Laubholz-Prügel,
- 67 „ Nadelh.-Scheiter und Prügel,
- 41 „ „ -Anbruch mit einigen Spaltblöcken,
- 3900 geb. Nadelh.-Wellen,
- 27 Flächenlose und Schlagraum.

Den 16. Februar 1916.

Gemeinderat.

† Rotes Kreuz. †

Königs Geburtstag. — Zweiter Opfertag,

Das Rote Kreuz glaubt den Geburtstag unseres Königs nicht
würdiger und schöner begehen zu können, als durch Entgegennahme
besonderer Gaben für die gewaltigen und noch immer nicht abzusehen-
den Anforderungen, welche an die gesamte Kriegshilfe des Roten
Kreuzes,

vor allem in der Verwundeten-
und Krankenpflege,

gestellt werden. Diese Gaben werden zugleich ein Ausdruck des Dankes,
der Liebe und Verehrung sein für den König, auf den an solchem
Tage Auge und Herz mit besonderer Wärme gerichtet sind. In der
Ueberzeugung, daß unserem König durch solche Betätigung bei diesem
Anlaß die beste Freude bereitet wird, werden alle Sammelstellen des
Roten Kreuzes in Stadt und Land von jetzt bis zum 25. Februar
jedermann Gelegenheit bieten, durch eine — auch die kleinste — Gabe
zur Königs-Geburtstags-Sammlung ein hoffentlich recht bereites Zeug-
nis zu geben von der keine Erschlaffung bildenden Opferwilligkeit für
die großen Aufgaben der freiwillig helfenden Liebe unter dem Zeichen
des Roten Kreuzes, zumal für unsere verwundeten und erkrankten
Kämpfer.

Die Sammlung in der Stadt Calw wird durch hiesige Mädchen
vorgenommen; außerdem sind zur Entgegennahme von Beiträgen auch
die bekannten Sammelstellen bereit.

Bezüglich der Landgemeinden werden die Herren Geistlichen,
Ortsvorsteher und Lehrer gebeten, die Sammlung, auf 25. d. Mts. in
die Wege zu leiten und das Ergebnis des Opfertags bis spätestens 1.
März d. Js. dem Bezirksvertreter einzusenden.

Calw, den 16. Februar 1916.

Der Bezirksvertreter: Reg.-Rat Binder.

Jahna=Hotel=
Rüchengefchirre,
vollständiger Ersatz für Kupfer.
Braucht niemals verzinnt zu werden.
Entspricht allen hygienischen Anforderungen.
Muster ist einzusehen. Bestellungen nimmt entgegen
Sch. Essig, Flaschnermeister.

Züchtiger Geizer,

womöglich gelernter Schlosser, nüchtern und zuver-
lässig, zu sofortigem Eintritt gesucht von
M. Horkheimer, Runkbanmwohlerke, Fil. Hirsau.

Die Anzeige



im Calwer Tagblatt ist das sicherste
Mittel den Geschäftsumsatz zu stei-
gern, machen Sie einen Versuch,
der Erfolg wird nicht ausbleiben.



Spar- und Consumverein Calw und Umgegend e.G.m. b.H.

Wir eruchen unsere Mitglieder

Bestellungen auf Brennmaterialien

alsbald in unseren Läden zu machen,

unter Vorlage des Mitgliedsbuches und Angabe des Wohnorts,
Straße und Hausnummer.

Der Vorstand.



Es zieht!
Wie leicht holt man sich
dabei Erkältungen und
Gefahrheit. Wylbert-Ta-
bletten schützen davor
am wirksamsten. Seit
20 Jahren anerkannt.
In allen Apotheken und
Drogerien Mt. 1.—

Wylbert
TABLETTEN

Hente treffen ein:

Schellfische,

Siedfische,
Pfund 70 Pfennig,
Bratfische,
Pfund 65 Pfennig.

Stockfische,

Pfund 45 Pfennig

Pfannkuch & Co.

Calw. Telef. 45.

**K. Forstamt Weistern.
Beig-Holz-Verkauf.**

Am Mittwoch, den 23. Febr.,
vorm. 9 Uhr im Gasthaus zur
„Eisenbahn“ in Willbad Scheid-
holz vom ganzen Forstbezirk:
Km.: 3 eich., 2 birch., 38 buch. und
431 Nadelholz-Anbruch.

Hoffstett.

Bei der hiesigen Gemeindepflege
liegen bis 1. April 1916 gegen ge-
setzliche Sicherheit

800 Mark

zum Ausleihen parat.

Anwaltamt.

Kurzgefärgtes trockenes

Brennholz,

in Fuhren à 18 und 25 Mark,
empfiehlt bei prompter Lieferung.
Lieferung nur gegen bar.

Sägewerk Hirsau

Zungensulzen

sind stets zu haben bei
C. Schnauffer, z. „Adler“.

Wärzbach.

Eine schöne, starke 38 Wochen
trächtige



Kalbin

segt d. Verkauf aus
Etraßenwart Repler.

Gehingen.



Eine Kuh

m. d. 3. Kalb,
24 Wochen trächtig, sowie ein

jähriges Kind

segt dem Verkauf aus
Albrecht Stahl, zum „Lamm“.

Samstag nachmittag 1 Uhr
verkauft einen Wurf schöne



**Milch-
Schweine.**

Gottlob Walz, Müller,
Stammheim.

Schmieh.



**Ein Paar
Läufer-
Schweine**

hat zu verkaufen
Christian Burthardt.